

Nr. 437 | 26.05.2023

Russland-Analysen

- Deutschland und der Krieg II
- Niederlage und Verantwortung

■ KOMMENTAR	
Ostpolitik Zeitenwende? Deutschland und Russlands Krieg gegen die Ukraine Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)	2
Deutsche Wirtschaft und der Krieg Alexander Libman (Freie Universität Berlin)	3
Deutschland, der Krieg und die Zeit Jens Siegert (Moskau)	5
Nach einem Jahr Krieg: Deutschland im Spiegel der russischen Medien Daria Zakharova (Bremen)	6
Der Ukrainekrieg: Kriegsängste, die Akzeptanz von Waffenlieferungen und Autokratieakzeptanz in Deutschland Thomas Richter (Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA), Hamburg), Peter Wetzels, Katrin Brettfeld, Diego Farren (alle drei Universität Hamburg)	8
■ UMFragen	
Die Haltung der deutschen Bevölkerung zum Krieg gegen die Ukraine: Waffen, Sanktionen, Diplomatie	11
■ STATISTIK	
Bilaterale Hilfe für die Ukraine seit Kriegsbeginn: Deutschland im internationalen Vergleich	14
<hr/>	
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Niederlage Jens Siegert (Moskau)	15
<hr/>	
■ CHRONIK	
24. April – 14. Mai 2023	17

KOMMENTAR

Ostpolitik Zeitenwende? Deutschland und Russlands Krieg gegen die Ukraine

Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)

Russlands großangelegter Krieg gegen die Ukraine seit dem 24.02.2022 hat die deutsche Russland- und Osteuropapolitik grundlegend verändert. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz kurz nach Kriegsbeginn ausgerufenen Zeitenwende in der deutschen Sicherheitspolitik basiert auf der Einsicht, dass Russland aktuell die größte Gefahr für die deutsche und europäische Sicherheit darstellt und die US-amerikanischen Sicherheitsgarantien auf Dauer nicht (fast) kostenlos zu haben sind.

Paradigmenwechsel in der deutschen Russland-Politik

Die deutschen politischen und wirtschaftlichen Eliten brauchten einen großen Krieg gegen die Ukraine, um zu verstehen, dass Russland kein Partner, sondern ein Gegner ist, dass Energieabhängigkeit vor allem Verletzlichkeit bedeutet und zu keiner Kompromissbereitschaft um die gemeinsame Nachbarschaft mit der russischen Seite führt. Dieser Krieg beendet nicht nur die nach dem Kalten Krieg ausgehandelte kollektive europäische Sicherheitsordnung, er bedeutet auch ein Scheitern jahrzehntelanger deutscher Kooperations-, Kompromiss- und Appeasement-Politik gegenüber Russland. Dialog und Kompromissbereitschaft haben diesen Krieg nicht nur nicht verhindern können, sondern eher zu der Annahme im Kreml geführt, dass Deutschland im Zweifelsfall harte Sanktionen und Reaktionen des Westens verhindern oder zumindest abschwächen wird. Dabei zog die Bundesregierung keine ausreichenden Konsequenzen aus der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbas seit 2014. Der Preis sind mit dem aktuellen Krieg hohe ökonomische und politische Kosten für Deutschland sowie ein grundlegender Glaubwürdigkeitsverlust bei Partnerstaaten in Europa sowie der Ukraine.

Russlands Zivilisationsbruch in der Ukraine hat zu mehreren Tabubrüchen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geführt. Wenn auch nur zögerlich und ohne strategische Planung beliefert Deutschland die Ukraine in einem Kriegsgebiet mit Waffen, Munition, Panzern und Luftabwehrsystemen. Die Gaspipeline Nordstream 1 und 2 durch die Ostsee wurden gestoppt, seit dem 01.01.2023 verzichtet Deutschland auf jegliche Lieferungen von Kohle, Öl und Gas aus Russland. Damit erfolgt eine systematische Entkopplung von russischen Öl- und Gaslieferungen verbunden mit der langfristigen Erschließung von neuen Lieferländern vor allem im Nahen Osten. Deutschland hat umfassenden Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland zugestimmt, die

zu einer wirtschaftlichen Entkopplung beider Staaten führen und Russland technologisch massiv zurückwerfen wird. Die Bereitschaft die Ukraine dauerhaft militärisch und finanziell zu unterstützen, bedeutet ein Paradigmenwechsel weg von einer »Russia first« Politik hin zu einer Fokussierung auf die Ukraine. Deutschland ist inzwischen vor Polen das Land, was die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen hat.

Grenzen der Zeitenwende

Auch wenn Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgerufen hat, fehlt bisher eine mentale und strategische Wende in der deutschen Politik. Von 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Modernisierung der Bundeswehr ist mehr als ein Jahr nach Beginn des Krieges praktisch noch nichts ausgegeben worden. Die Bundesregierung hat nur auf Druck der Partner ohne kurz-, mittel- und langfristige Planung die Ukraine mit Waffen beliefert. Es fehlt eine systematische Aufarbeitung der Fehler aus der vergangenen Ostpolitik und eine Diskussion über eine neue Russland- und Osteuropapolitik. Die gesamte politische und öffentliche Debatte wird von den Themen Waffenlieferungen und Wiederaufbau der Ukraine dominiert, der Rahmen dafür, bleibt aber weitgehend unklar. Olaf Scholz ist nicht bereit, eine Führungsrolle in Europa im Kontext dieses Krieges zu übernehmen. Der Bundeskanzler folgt vor allem dem US-Präsidenten, mit dem er sich eng abstimmt, dabei fehlt es an Koordination mit den europäischen Partnern. Damit sind die USA defacto zur Führungsmacht für Europa in diesem Krieg geworden, was die EU als Akteur insgesamt schwächt. Die grundlegenden Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich zum Thema strategische Autonomie in Europa, zur Zukunft der Energie- und Rüstungspolitik zeigen eine tiefe Spaltung in der EU.

Die Bereitschaft, die Ukraine so weit zu unterstützen, dass sie diesen Krieg nicht verliert, wie Olaf Scholz das immer wieder betont, impliziert die Annahme im Kanzleramt, dass ein Krieg gegen Russland nicht zu gewinnen ist. Die Angst vor einer nuklearen Eskalation führt zu einem vorsichtigen Vorgehen in diesem Krieg, dass auch von großen Teilen der deutschen Bevölkerung unterstützt wird. Dabei ist die Drohung mit Atomwaffen ein Teil der russischen Desinformationskampagne, um europäischen Gesellschaften zu verunsichern und zu spalten. Gleichzeitig spielt der russische Präsident Wla-

dimir Putin auf Zeit, in der Annahme, dass je länger dieser Krieg dauert, umso geringer die Unterstützung in westlichen Gesellschaften für die Ukraine ausfallen wird sowie der öffentliche Druck wächst, Kompromisse gegenüber Russland einzugehen. Das Fehlen einer klaren Kommunikationsstrategie der Bundesregierung, in dem Wissen, dass dieser Krieg länger dauern kann, Sanktionen langfristig durchgehalten werden müssen, weitere ökonomische Kosten mit sich bringen und auch die Unterstützung der Ukraine langfristig nötig sein wird, schwächt das Vertrauen in der Bevölkerung für die deutsche Ukraine- und Russlandpolitik. Es führt nicht nur zu einer Glaubwürdigkeitskrise Deutschlands nach außen, sondern auch gegenüber der eigenen Bevölkerung. Gleichzeitig ist nicht klar, inwieweit die Bundesregierung einen EU-Beitritt der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens wirklich unterstützt.

Neudefinition der Osteuropa- und Russland-Politik

Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und dem Ende jeglicher kooperativer Beziehungen mit dem Kreml muss Deutschland seine Rolle in der europäischen Russland- und Osteuropapolitik neu definieren. Dabei sucht die deutsche Politik aktuell noch nach Orientierung, ist vor allem mit Krisenmanagement beschäftigt und es fehlt ein Paradigmenwechsel in der Strategieentwicklung und Überwindung einer maßgeblich bürokratisierten Außen- und Sicherheitspolitik. Auf Russland Einfluss zu nehmen wird aktuell kaum möglich sein. Aber über mehr Engagement und Verantwort-

ung in der gesamten postsowjetischen Region und eine erfolgreiche demokratisierte und in die EU integrierte Ukraine werden auch die russische Politik und Gesellschaft beeinflusst.

Die Fundamente der deutsch-russischen Beziehungen wie Wirtschafts- und Energiepolitik sowie der gesellschaftliche Austausch sind mit dem Krieg weggebrochen. Hier braucht es einen Neuanfang basierend auf einer Evaluation der Fehler der Vergangenheit sowie Anerkennung der neuen Realität, ohne in alte Muster zurückzufallen. Mit Blick auf Russland wird es auf absehbare Zeit vor allem um militärische Abschreckung und Eindämmung gehen, ein baldiges Ende des Krieges mit einem Waffenstillstand ist eher unwahrscheinlich bzw. wird kaum von Dauer sein. Die Ukraine ist zum Schlüsselstaat für Europa geworden, der Ausgang des Krieges zentral für eine neue europäische Sicherheitsordnung. Gleichzeitig gibt es außerhalb der NATO keine Sicherheit mehr in Europa und es braucht neue Sicherheitspartnerschaften mit Staaten, die eine EU-Integration anstreben, aber auf absehbare Zeit keine Nato-Mitglieder werden. Die wichtigsten Treiber einer neuen EU-Politik gegenüber dem östlichen Europa sind ostmitteleuropäische Länder wie Polen und Tschechien sowie die Baltischen Staaten. Mit ihnen und den skandinavischen Staaten eine neue strategische Kooperation mit Blick auf die östliche Nachbarschafts-, Erweiterungs- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, wäre eine Chance für einen Neuanfang der deutschen Osteuropa- und Russlandpolitik.

Über den Autor

Dr. *Stefan Meister* leitet das Zentrum für Ordnung und Governance für Osteuropa, Russland und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Davor war er Direktor des Südkaukasus-Büros der Heinrich Böll Stiftung und Senior Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations.

Deutsche Wirtschaft und der Krieg

Alexander Libman (Freie Universität Berlin)

Putins Krieg gegen die Ukraine wurde zu einer enormen Herausforderung für die deutsche Wirtschaft. Zwar haben sich (nicht zuletzt wegen sehr milder Temperaturen) die schlimmsten Erwartungen bezüglich der Energieknappheit im Winter 2022/23 nicht verwirklicht; jedoch bedeutet es nicht, dass die Anpassung Deutschlands an die neue wirtschaftliche Realität erfolgreich abgeschlossen ist. Ganz im Gegenteil, die großen Kraftproben stehen noch bevor.

Es geht dabei um eine dreifache Herausforderung. Erstens, haben der Krieg und die Sanktionen selbstver-

ständlich enorme Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland. Nach den Daten des statistischen Bundesamtes sind die deutschen Exporte nach Russland 2022 im Vergleich zu 2021 um 45 % gesunken. Die wichtigsten Exportgüter Deutschlands nach Russland sind mittlerweile pharmazeutische Erzeugnisse. Falls man auf die Warenmenge schaut, sind die deutschen Importe aus Russland ebenso um 41 % gesunken; da aber russische Exportgüter, vor allem Energieträger und Rohstoffe, deutlich teurer wurden, ist der Wert der deutschen Importe um 6,5 % gestiegen. Hinter die-

sen Zahlen verbergen sich massive Unterbrechungen der Lieferketten, die weit jenseits der im Vordergrund der öffentlichen Debatte stehenden Energiefragen reichen. Die komplexe Natur der modernen Marktwirtschaft macht eine genaue Abschätzung der Konsequenzen von diesen Unterbrechungen kaum möglich: sie haben (und werden noch lange) unvorhersagbare Konsequenzen für verschiedene Unternehmen und Branchen haben.

Ebenso unklar bleibt, inwieweit die deutsche Wirtschaft es wirklich schaffen wird, dauerhaft ohne russische Energieimporte erfolgreich zu bleiben: zumindest soll bis Winter 2023/24 gewartet werden, in den Deutschland (anders als den vergangenen Winter) ohne volle Gasspeicher gehen wird. Die Anpassung an den Ausfall der russischen Gaslieferungen kann auch in Form der Reduktion der Produktion bzw. der Abwanderung der deutschen Unternehmen erfolgen, was natürlich für die deutsche Wirtschaft keine guten Nachrichten wäre.

Russland war außerdem ein wichtiger Standort für deutsche Investitionen. Nach dem Kriegsausbruch haben viele deutsche Unternehmen angekündigt, den russischen Markt zu verlassen bzw. ihre Assets zu verkaufen. Wie viele tatsächlich aus Russland zurückgezogen sind, lässt sich anhand der bestehenden Daten nicht definitiv behaupten, was zum Teil an sehr intransparenten Exit-Modalitäten liegt; die bestehenden Schätzungen liegen sehr weit auseinander. Es scheint der Fall zu sein, dass zumindest einige Unternehmen darauf wetten, dass Russland nach wie vor ein für sie zugänglicher und attraktiver Markt bleibt, oder zumindest keinen Weg sehen, ihre Assets ohne enorme Verluste loszuwerden. Ob es in der Tat der Fall sein wird, hängt von der Entwicklung des Sanktionsregimes ab, aber auch von den Maßnahmen der russischen Regierung (die im April 2023 zum ersten Mal die ausländischen Assets von zwei Firmen, darunter einer deutschen, unter externe Verwaltung gestellt hat) und von der allgemeinen Entwicklung der russischen Wirtschaft.

Viel gravierender ist jedoch die zweite Herausforderung. Der Krieg gegen die Ukraine scheint ein Katalysator für grundsätzliche Veränderungen in der Weltwirtschaft zu sein – den Rückgang der Globalisierung und die wirtschaftliche Fragmentierung der Welt. Massive Sanktionen, die gegen Russland beschlossen wurden,

lassen andere autoritäre Staaten sich verwundbar fühlen. Staaten wie China gehen jetzt davon aus, dass der Westen durchaus bereit ist, seine Kontrolle über die Infrastruktur der globalen Welt (etwa Zahlungsverkehr) als Wirtschaftswaffe einzusetzen, auch gegen Länder, die für die Weltwirtschaft sehr wichtig sind (wie Russland). Daher werden sie sich in den kommenden Jahren stark bemühen, ihre Abhängigkeit vom Westen in diesen kritischen Bereichen zu reduzieren. Aber auch die westlichen Staaten sehen jetzt die wirtschaftlichen Verflechtungen mit autoritären Staaten nicht mehr als Chance, diese Staaten zu verändern, sondern primär als Risiko. Es gibt außerdem genug Stimmen in Europa und in den USA, die die Länder des globalen Südens dazu auffordern, eine Partei in der Konfrontation gegen Russland und China zu ergreifen – was auf sehr viel Resistenz seitens dieser Staaten stößt. Die USA scheuen sich letztendlich nicht davon, ihre Wirtschaft auf Kosten der europäischen Verbündeten zu unterstützen.

Gerade für eine exportorientierte Wirtschaft wie Deutschland ist der Rückgang der Globalisierung mit enormen Problemen verbunden. Eine Vorstellung, wirtschaftliche Beziehungen primär mit Ländern zu pflegen, die ähnliche Werte wie Deutschland verfolgen, kann sich als illusorisch erweisen. Außerdem wird auch die wirtschaftspolitische Macht Deutschlands angesichts der Entflechtung zurückgehen: Sanktionen wirken zum Beispiel primär nur gegen Länder, mit denen es intensive Wirtschaftsbeziehungen gab. Ohne diese Wirtschaftsbeziehungen haben sogar schärfste Sanktionsmaßnahmen kaum Einfluss.

Dazu kommt die dritte Herausforderung, diesmal einer politökonomischen Natur. Globale und regionale Veränderungen fordern Deutschland dazu auf, die Außenpolitik gegenüber vielen Ländern umzudenken, wo Deutschland in der Vergangenheit primär auf Wandel durch Handel gesetzt hat. Jedoch ist es auch ein Jahr nach dem Kriegsausbruch unklar, wie die Grundlagen der neuen globalen Außenpolitik Deutschlands aussehen könnten. Die deutsche Debatte fokussiert sich sehr stark auf moralische Aspekte und nicht auf strategische Ziele und Wirksamkeit der Politikinstrumente. Einer strategischen Diskussion kann Deutschland jedoch in der langen Frist nicht entgehen.

Über den Autor

Alexander Libman ist Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa und Russland an der Freien Universität Berlin. Zu seinen wichtigsten Forschungsgebieten gehören russische Politik, sowie vergleichende Autokratieforschung. Seine Bücher wurden unter anderem von Cambridge University Press und Oxford University Press und seine Aufsätze von *American Political Science Review*, *Comparative Political Studies*, *Comparative Politics*, *British Journal of Political Science* und *World Politics* veröffentlicht.

Deutschland, der Krieg und die Zeit

Jens Siegert (Moskau)

Oberflächlich betrachtet dreht sich die Diskussion in Deutschland über den russischen Krieg gegen die Ukraine vor allem darum, ob man die Ukraine nun zu möglichst raschen Verhandlungen mit Russland drängen solle oder nicht. Aber das ist ein Framing derjenigen, denen die Unterstützung der Ukraine nicht passt. Denn tatsächlich kenne ich kaum jemanden, die oder der gegen Verhandlungen ist, jedenfalls nicht grundsätzlich. Die Frage ist lediglich, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen Verhandlungen sinnvoll sind.

Dass man Verhandlungen nicht ausschließen sollte, gebietet schon einfache statistische Vernunft. Die *Zeit* zitiert zum Beispiel in einem Anfang Mai erschienenen Artikel mit der Überschrift »Verhandeln?« eine aktuelle Untersuchung des schwedischen Forschungsprojekts »Uppsala Conflict Data Program«. Seit 1946 sind demnach nur 30 Prozent aller Kriege mit eindeutigen Siegern und Verlierern zu Ende gegangen, 70 Prozent dagegen nicht. Sie endeten entweder gar nicht oder nach Verhandlungen. Beide Seiten müssen dann Zugeständnisse machen.

Nun sagen die einen, man könne gar nicht früh genug anfangen zu verhandeln. Sie verknüpfen das meist mit der Forderung, die militärische Hilfe für die Ukraine nicht auszuweiten, zu verringern oder zumindest an strenge Bedingungen zu knüpfen. Damit, so die Argumentation, könnten Menschenleben gerettet und viel Leid verhindert werden; denn mehr Militärhilfe würde die Ukraine ermutigen, länger Krieg zu führen als *nötig*. In diesem *Nötig* aber verbirgt sich viel Ungenauigkeit. Zum einen die Frage, wer denn bestimmt, was *nötig* ist und was nicht; die politische Führung und die Menschen in der Ukraine oder wir Helfer und Helferinnen (im Westen). Oder anders ausgedrückt: Wer ist Subjekt in diesem Krieg? Sind es die Ukrainerinnen und Ukrainer, denen das ja gerade Putin und Russland als Land, als Nation absprechen? Das *Nötig* ist letztendlich die Frage danach, ob es die Ukraine nach dem Krieg noch gibt und wie sie dann aussehen wird.

Die andere Position ist etwas konkreter und schließt Verhandlungen gegenwärtig aus. So versichert es auch die Bundesregierung, die der Ukraine alle Hilfe zukommen lassen will, die *nötig* ist, damit Russland diesen Krieg nicht gewinnt. Die Vertreterinnen und Vertreter dieser Position – zu denen auch ich gehöre, – weisen darauf hin, dass Verhandlungen zumindest solange unsinnig sind, wie die russischen Forderungen defacto auf eine Vernichtung der Ukraine als (von Russland) unabhängigen Staat hinauslaufen. (Manche gehen noch weiter und sprechen in diesem Zusammenhang von einem Genozid).

Die demoskopisch messbare öffentliche Meinung in Deutschland verhält sich dazu kognitiv dissonant. Eine Mehrheit spricht sich in Umfragen *gleichzeitig* für weitere oder gar mehr Hilfe für die Ukraine aus *und* für möglichst schnelle Verhandlungen. Ein bisschen ist es wie immer: Helfen wollen wir schon, aber Kosten soll es uns möglichst wenig. Hinzu kommt, dass sich langsam eine gewisse Müdigkeit in Deutschland ausbreitet, diesen Krieg immer noch an den Hacken zu haben. Alles das wird, aus dem möglichst Ungefähren, von Kanzler Scholz mehr moderiert als zu gestalten versucht.

Diese (sehr deutsche) Diskussion und Befindlichkeit scheinen momentan aber recht hypothetisch. Für die russische Führung ist die Ukraine schon längst kein Verhandlungspartner mehr. Der wahre Gegner sei der Westen oder genauer die USA, sagt Putin immer wieder, zuletzt vor wenigen Tagen am 9. Mai auf dem Roten Platz bei der – das ist jetzt keine Ironie – *Siegesparade*.

In der Ukraine sind Umfragen zufolge 87 Prozent der Menschen gegen territoriale Zugeständnisse und für Rückeroberung aller von Russland besetzten Gebiete. Dahinter steht (auch) die Erkenntnis, dass Putin nicht zu trauen ist, weil er immer wieder gezeigt hat, dass für ihn Abmachungen und Verträge nicht viel mehr sind als die Fixierung eines bestimmten Kräfteverhältnisses zu einem bestimmten Zeitpunkt. Ändern sich Umstände und Kräfteverhältnisse, siehe Budapester Memorandum, dann ist alles wieder obsolet. Auch daher kommt das unbedingte Drängen der Ukraine (und nicht nur der Ukraine) in die NATO. Die NATO-Mitgliedschaft, so die Hoffnung, wäre mehr, wäre verbindlicher als nur ein Vertrag auf einigen Blatt Papier.

Vielleicht hat die (deutsche) Ukrainemüdigkeit aber auch etwas damit zu tun, dass sich dort im Krieg, an der Front schon seit Monaten kaum etwas *Neues* tut – mögen die täglichen Toten mir diese etwas zynische Bemerkung verzeihen. Die Frontverläufe sind seit dem Spätherbst mehr oder weniger gleichgeblieben. Die Russen kommen kaum voran. Die Ukrainer und Ukrainerinnen verteidigen zäh. Selbst die nächtlichen russischen Raketenangriffe scheinen, jedenfalls aus dem sicheren Deutschland gesehen, zu einer zwar schrecklichen, aber doch Routine geworden. Die Ukraine und ihre Menschen schaffen es in einer riesigen Anstrengung, sich und ihre Infrastruktur einigermaßen am Leben zu halten.

Putin setzt derweil offensichtlich auf Zeit und hat, leider, keine schlechten Chancen, damit durchzukommen. Er kalkuliert kühl mit westlicher und nicht nur deutscher Kriegsmüdigkeit. Er hofft auf die in demokratischen Gesellschaften oft kurzfristige Aufmerksam-

keitszyklen. Sicher dürften auch die US-Präsidentenwahlen im kommenden Jahr in seinen Überlegungen eine Rolle spielen. Ein wiedergekehrter Trump, vielleicht auch *nur* ein Republikaner im Weißen Haus, könnten den Krieg in der Ukraine zu seinen Gunsten kippen lassen, denkt er vielleicht.

Putins Spiel auf längere Sicht dürfte sich, angesichts der militärischen Unfähigkeit, den Krieg (zumindest schnell) zu russischen Gunsten zu entscheiden, sobald nicht ändern. Vielleicht wird die ukrainische Armee die russische demnächst mit einer (ja lange erwarteten)

Offensive aus einem Teil der besetzten Gebiete vertreiben. Vielleicht sogar aus einem großen Teil. Vielleicht wird die Offensive, so sie denn kommt, aber auch weit weniger erfolgreich sein als in der Ukraine und im Westen erhofft. Egal wie es kommt: Danach wird die Frage nach dem »*Whatever it takes*« wieder vor den westlichen Unterstützern und Unterstützerinnen der Ukraine, also auch Deutschland, stehen. Ergänzt von der Frage nach dem »*However long it takes*«. Um eine immer wieder erneute Antwort darauf werden wir nicht umhinkommen.

Über den Autor

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat bis 2015 mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und sich danach bis Anfang 2021 im Auftrag der EU bemüht, Public Diplomacy in und mit Russland zu fördern. Im Juli 2021 erschien sein Buch »Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen«.

Nach einem Jahr Krieg: Deutschland im Spiegel der russischen Medien

Daria Zakharova (Bremen)

In den 14 Monaten seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat Deutschland den Umfang seiner Hilfe für das Land erheblich aufgestockt. Führende deutsche Politiker wie Olaf Scholz, Frank-Walter Steinmeier und Annalena-Baerbock haben die Ukraine mitten im Krieg persönlich besucht.

Russische Offizielle und Moskaus Propaganda haben diese Entwicklung negativ aufgenommen. Die russischen staatlichen Medien berichten nach diesem Jahr noch aggressiver über Deutschland. Dabei greifen sie oft dazu, deutsche Politiker zu beleidigen und das Land der Abhängigkeit von den USA zu beschuldigen.

In den russischen Medien ist aktuell zudem eine Rhetorik populär, die von einer angeblichen massenhaften Ablehnung in der deutschen Gesellschaft in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine spricht.

Deutsche gegen Waffenlieferungen an die Ukraine

Anfang 2023 fand in Berlin eine Demonstration gegen Waffenlieferungen an die Ukraine statt. Als Organisator:innen traten die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht und die Journalistin Alice Schwarzer auf. Sie forderten einen Stopp der Waffenlieferungen und eine Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit Russland. Zu der Demonstration kamen zwischen 10.000 und 13.000 Personen. Im April gab es in Dutzenden deutschen Städten Ostermärsche, bei denen traditionell ähnliche Forderungen geäußert wurden. Daran nahmen insgesamt einige tausend Menschen teil.

Die russische Propaganda berichtete von diesen Demonstrationen sehr viel intensiver als west-

liche Medien. »In Berlin fand eine Demonstration gegen Waffenlieferungen an Kiew statt«, »In der BRD wird weiter dagegen protestiert, dass Kiew mit Waffen vollgepumpt wird«, »In Deutschland gab es Demonstrationen für eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Ukraine« – von solchen Schlagzeilen gab es in den russischen Medien mehr als genug. In der Rhetorik der staatlichen Medien wird intensiv betont, dass die einfachen Deutschen das Vorgehen ihrer Regierung nicht unterstützen. »Bei der Frage, wie ein Frieden zu erreichen wäre, haben die deutsche Regierung und die Bevölkerung, wie es scheint, unterschiedliche Ansichten«, heißt es in einer Reportage des staatlichen Fernsehsenders »Rossija 24«. Die Tradition der Märsche, ihr Wesen und politische Ausrichtung wurden in den Beiträgen natürlich verschwiegen. Die Medien wendeten die übliche Strategie einer populistischen Berichterstattung an. Die russische Propaganda übertreibt und verzerrt die deutsche Realität regelmäßig.

Deutschland ist nie ein »souveräner Staat« gewesen

Ein weiteres Element, das seit dem vergangenen Jahr intensiv von der russischen Propaganda eingesetzt wird, besteht darin, führende deutsche Politiker schlecht zu machen. Zudem wird betont, dass deren Vorgehen nicht eigenständig ist.

Dieses Narrativ bediente der russische Präsident Wladimir Putin zuletzt im März 2023 im Fernsehsender »Rossija 1«. »Es ist doch so, dass europäische Politiker selbst mehrfach öffentlich davon gesprochen haben,

dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu keiner Zeit im vollen Sinne des Wortes ein souveräner Staat war. Das sind nicht meine Worte. Das sind die Worte bekannter, zumindest eines bekannten und in Deutschland sehr geachteten Politikers. Ihm kann man nur zustimmen«, erklärte Putin. Wer dieser Politiker ist oder war, sagte Putin allerdings nicht.

Intensiv wurde auch das Narrativ von einer angeblichen Abhängigkeit Deutschlands von den USA verbreitet. Im staatlichen Radiosender »Westi FM« erklärte der Direktor des »Zentrums für militärische und politische Forschungen«, Aleksej Podberjoskin, dass »Scholz eine reine Marionette in den Händen der USA« sei. »[Deutschland] ist nicht nur ein besetztes Land. Es ist ein Land, das sich Biden absolut unterordnet. Die USA haben in den 70er- und 80er-Jahren [des 20. Jahrhunderts] alles Mögliche unternommen, um die herrschende Elite nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa vorzubereiten und abzulösen.«

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die russischen Medien dem Besuch von Olaf Scholz in den Vereinigten Staaten im März 2023. Angesichts des Umstandes, dass Reisen des russischen Präsidenten in westliche Staaten wegen des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofes nicht möglich sind, ist die Propaganda bestrebt, die Isolation Putins gewissermaßen zu »normalisieren« und dabei die Zusammenarbeit westlicher Führer, unter anderem die von Olaf Scholz und Joe Biden, zu diminuieren.

Der Fernsehsender »Rossija 1« brachte einen Beitrag zur Visite von Olaf Scholz in den USA. Der Titel lautete: »Details der Beziehungen von »Onkel« Biden zu »Bubi« Scholz«. Am Beginn heißt es dort: »Während seines Besuchs bei Biden saß Olaf Scholz dort mit verschlossener Haltung, die Beine überschlagen, die Hände verschränkt. Etwas aus dem Bereich des Unterbewussten. Psychologen würden sagen, dass dieser Mensch seinem Gesprächspartner nicht traut. Innerlich stimmt er ihm nicht zu.« Im Weiteren berichtet der Beitrag davon, dass die Vereinigten Staaten Deutschland angeblich zur Lieferung von Leopard-Panzern zwingen, während sie selbst es mit der Lieferung von Abrams-Panzern nicht eilig hätten. Ein ähnliches »Problem« wird in einem anderen Bericht des Senders hervorgehoben: »Biden hat Deutschland praktisch hintergangen: Berlin hat Kiew erst dann Leopard-Panzer geliefert, nachdem Washington auch die Lieferung amerikanischer Abrams zugesichert hat. In den [Vereinigten] Staaten nahm man dann schnell von diesen Worten Abstand. Und Scholz tut so, als sei nichts geschehen«, kommt der Bericht zum Schluss. Die russische Propaganda manipuliert hier den medialen Raum, da die USA sich keineswegs weigerten, der Ukraine Abrams-Panzer zu liefern.

Die wichtigste Gegenspielerin: Annalena Baerbock

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock liegt mit Olaf Scholz hinsichtlich der negativen Berichterstattung durch russische staatliche Medien gleichauf. Baerbock besucht regelmäßig die Ukraine und gibt forsche Stellungnahmen über Russland ab, was von der dortigen Propaganda negativ aufgenommen wird.

Als Gegengewicht zu Annalena Baerbock rücken die staatlichen Medien ihren russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in den Vordergrund. Ein an sich unbedeutender Zwischenfall, der sich beim Gipfeltreffen der G20 in Indien im März 2023 ereignet hat, wurde praktisch in sämtlichen russischen Fernsehsendern erörtert und aufgebauscht. Die deutsche Außenministerin flog zum G20-Gipfel nach Delhi und wurde dort an der Gangway in sehr bescheidenem Rahmen empfangen. Sie ist vom deutschen Botschafter und einem Mitarbeiter des Flughafens erwartet worden, während Lawrow von einer großen Delegation und einer Vielzahl Journalist:innen begrüßt worden war. Die Idee der russischen staatlichen Medien dahinter sollte sein, den Stellenwert Deutschlands und Russland für Indien und auf internationaler Ebene durch die Gegenüberstellung des Empfangs zu zeigen; Baerbock, die nicht einmal von indischen Staatsvertretern in Empfang genommen wurde, und Lawrow, dem quasi der rote Teppich ausgerollt wurde. Die staatlichen russischen Medien berichteten darüber mit folgenden Schlagzeilen: »Ein »unschöner Anblick«. Im Netz wird verglichen, wie Indien Baerbock und Lawrow empfing«, »Auf Baerbock wartete niemand, während Lawrow einen üppigen Empfang erlebte: Am indischen Flughafen wurden dezent die Haltungen zu den Delegationsleitern der G20 deutlich«, »Keiner da: Baerbock wurde in Indien nur vom Botschafter und vom Schichtleiter des Flughafens empfangen«.

Die Propaganda war umgehend bemüht, diese Situation mit einer negativen Haltung indischer Politiker zu ihren deutschen Kollegen zu erklären. »Ein prächtiges und bezeichnendes Bild, das insgesamt die Haltungen der internationalen Gemeinschaft zu Russland und zu Deutschland erhellt. Das ist es, was bei einem Verlust der Souveränität und einem [Status als] Marionettenregime herauskommt«, lautete der Kommentar in der wichtigsten Nachrichtensendung des russischen Kanals »360«.

Deutschlands Botschafter in Indien, Philipp Ackermann, erklärte allerdings später, dass dieser Empfang bei der Ankunft in Delhi nicht auf eine indische Haltung zu Deutschland zurückzuführen sei. Ackermann zufolge habe Annalena Baerbock beschlossen, das Flugzeug früher zu verlassen, ohne die offizielle Zeremonie abzuwarten. Diese Klarstellung fand natürlich keine Erwähnung durch die russischen staatlichen Medien.

Insgesamt zeichnet die russische Propaganda ein Bild von Annalena Baerbock, das sie als eine »inkompetente und in der Welt nicht geachtete« Außenministerin Deutschlands hinstellt – im Gegensatz zu ihrem professionellen Amtskollegen Sergej Lawrow.

Fazit

In dem Maße, wie der russische Einmarsch in die Ukraine im vergangenen Jahr immer niederschmetternde Formen annahm (durch massiven Beschuss der Städte und der Infrastruktur sowie den Einsatz von Strafgefangenen und mobilisierten Bürgern), teilte die Propaganda ähnlich intensiv auf degradierende Weise gegen deutsche Politiker:innen aus.

In der Rhetorik der regimetreuen Medien sind direkte Beleidigungen führender deutscher Politiker:innen und Schlagzeilen im Stile des Boulevard zu finden. Einige Tendenzen der Propaganda sind durch

Über die Autorin

Daria Zakharova ist ehemalige Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung im Bereich Medienforschung an der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) in Bremen. Sie hat einen BA in Journalismus der Russischen Universität der Völkerfreundschaft (RUDN) und einen Master of Public Policy (MPP) der Willy Brandt School of Public Policy an der Universität Erfurt.

innenpolitische Veränderungen bedingt, die in Russland im Laufe des vergangenen Jahres stattgefunden haben. Da Wladimir Putin das Land praktisch nicht mehr verlassen kann oder will, propagieren die staatlichen Medien gegenüber ihrem Publikum, dass Auslandsreisen schlecht sind.

Die russische Propaganda sucht in der Bevölkerung Deutschlands nach Unterstützung, da die Deutschen sich angeblich intensiv gegen Waffenlieferungen an die Ukraine wenden. Dabei werden von der Propaganda die Rollen vertauscht: Deutschland wird zum »Aggressor«, der Waffenlieferungen in die Ukraine pumpt, wodurch der Krieg verlängert wird. Russland hingegen sei eine Friedensmacht, die nach einer Regulierung des Konfliktes strebt.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Der Ukrainekrieg: Kriegsängste, die Akzeptanz von Waffenlieferungen und Autokratieakzeptanz in Deutschland

Thomas Richter (Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA), Hamburg), Peter Wetzels, Katrin Brettfeld, Diego Farren (alle drei Universität Hamburg)

Im Februar 2023 fand im Rahmen des bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung) eine repräsentative Online-Umfrage unter mehr als 2.400 erwachsenen Personen in Deutschland statt, in der unter anderem die Akzeptanz von Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine sowie subjektive Einschätzungen der Bedrohung Deutschlands durch diesen Krieg thematisiert wurden.

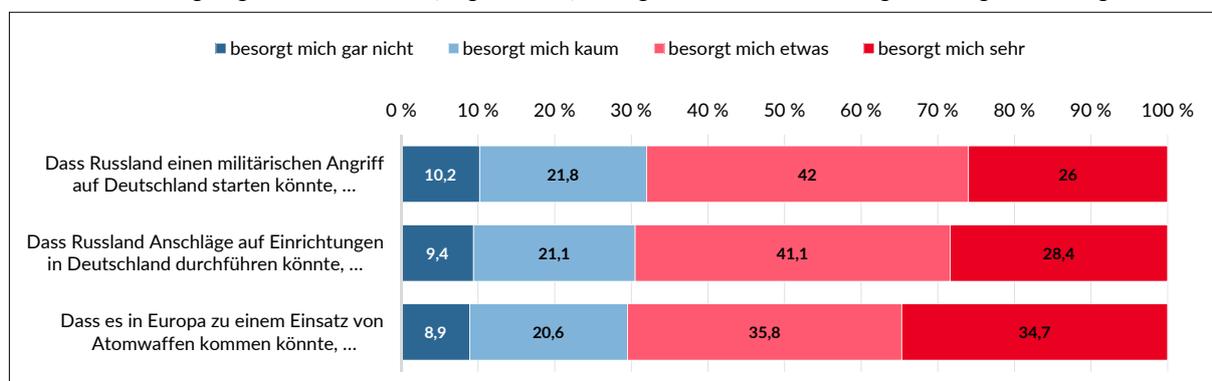
Es zeigte sich, dass der Überfall Russlands auf die Ukraine bei einer großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung mit massiven Kriegsängsten einhergeht. Gleichzeitig findet sich eine hohe Akzeptanz für die Unterstützung der Ukraine durch eine Lieferung von militärischer Ausrüstung. Für die politische Situation innerhalb Deutschlands besonders wichtig ist schließlich, dass die Ausprägung von Kriegsangst in starkem Maße die Bereitschaft der Bevölkerung beeinflusst, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien zugunsten einer autokratischen staatlichen Führung aufzugeben. Dies

stellt eine massive Herausforderung unserer Gesellschaft dar, welche aus unserer Sicht zukünftig gezielter adressiert werden sollte.

Zwei Drittel der Menschen in Deutschland (68,0 %) äußerten sich im Februar 2023 »etwas« (42,0 %) oder »sehr« (26,0 %) besorgt darüber, dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte. Vergleichbar groß war die Sorge, dass Einrichtungen in Deutschland zum Ziel russischer Anschläge werden (69,5 %). 70,5 % waren »etwas« oder »sehr« besorgt, dass es in Europa zum Einsatz von Atomwaffen kommen könnte. Zusammen genommen zeigte sich damit bei ca. zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung (69,4 %) eine hohe Kriegsangst (vgl. dazu Grafik 1).

Diese hohe Kriegsangst geht einher mit einer erhöhten Bereitschaft, eine militärische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland in Form der Lieferung militärischer Ausrüstung zu befürworten. Nur knapp ein Fünftel (18,6 %) der Bevölkerung lehnte jegliche Lieferung militärischer Ausrüstungen ab. 34,8 % stimmten

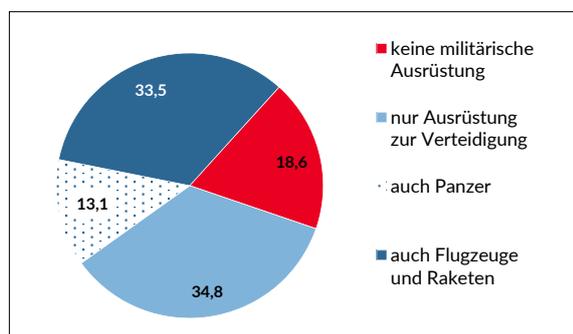
Grafik 1: Kriegssängste in Deutschland (Angaben in %): Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge Ihnen Sorgen bereiten



Quelle: Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Welle 2 (Feb. 2023)

der Lieferung militärischer Ausrüstung zu, wenn diese auf Waffen zur Verteidigung beschränkt sind. 13,1 % befürworteten zusätzlich die Lieferungen von Kampfpanzern. Ein weiteres Drittel (33,5 %) stimmte zudem einer Lieferung von Kampfflugzeugen und/oder Raketen zu (vgl. dazu Grafik 2).

Grafik 2: Akzeptanz von Waffenlieferungen an die Ukraine (in %)

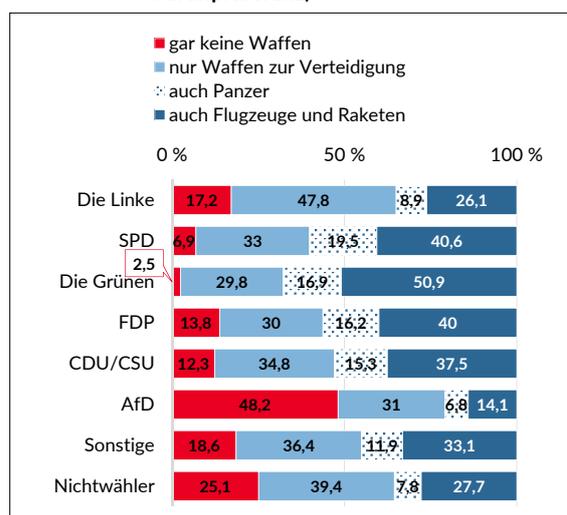


Quelle: Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Welle 2 (Feb. 2023)

Diese Einstellungen zu Waffenlieferungen unterscheiden sich allerdings deutlich zwischen den Anhänger:innen der verschiedenen politischen Parteien. 48,2 % der AfD-Wähler:innen lehnten eine Lieferungen militärischer Ausrüstung an die Ukraine völlig ab; nur etwas mehr als 20 % von ihnen stimmten der Lieferung von Angriffswaffen (Panzer bzw. auch Flugzeuge/Raketen) zu. Für keine andere Partei findet sich ein ähnliches Profil. Im Gegensatz dazu hielt die Mehrheit der Grünen-Wähler:innen die Lieferung von Flugzeugen oder Raketen für richtig (50,9 %). Hier lehnten nur 2,5 % jegliche Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Die Wähler:innen aller anderen Parteien ordneten sich zwischen diesen beiden Profilen ein, so wie in Grafik 3 dargestellt.

Die Wahrnehmung einer Bedrohung durch kriegerische Auseinandersetzungen kann erhebliche Auswirkungen auf politische Einstellungen entfalten. Kriegssangst kann Anlass sein, Schutz durch eine starke staatliche

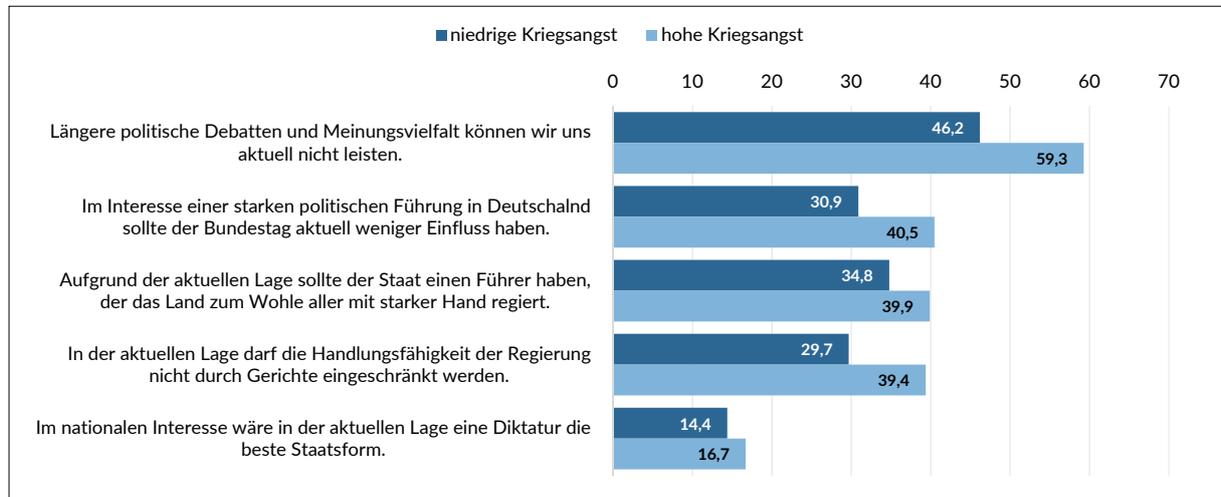
Grafik 3: Einstellungen zu Waffenlieferungen und politische Parteipräferenz (Angaben in % je Parteipräferenz)



Quelle: Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Welle 2 (Feb. 2023)

Führung zu suchen und dafür auch demokratische Prinzipien aufzugeben. Genau dies ist im Kontext des Ukraine-Krieges zu beobachten. Personen mit hoher Kriegssangst zeigten mit 32,7 % eine um fast 10 Prozentpunkte höhere Autokratieakzeptanz als Befragte mit niedriger Kriegssangst (22,7 %). Hier finden sich allerdings deutliche Unterschiede bezüglich einzelner Teilaspekte.

Während hohe Kriegssangst die Bewertung einer Diktatur als vermeintlich besserer Staatsform nur leicht und nicht signifikant beeinflusst (+2,3 Prozentpunkte), sind die Auswirkungen bei den vier anderen Teilaspekten der Autokratieakzeptanz deutlich stärker und hoch signifikant: Menschen mit hoher Kriegssangst wünschten sich häufiger einen Führer, der mit starker Hand regiert (+5,1 Prozentpunkte) und sprachen sich stärker dafür aus, dass der Bundestag weniger Einfluss haben sollte (+9,6 Prozentpunkte).

Grafik 4: Autokratieakzeptanz in Abhängigkeit vom Ausmaß der Kriegsangst (Zustimmung in %)

Quelle: Menschen in Deutschland: International (MiDIInt). Welle 2 (Feb. 2023)

Neben dieser Präferenz für eine Einschränkung der parlamentarischen Kontrolle wurde bei hoher Kriegsangst auch vermehrt die Ansicht vertreten, die Handlungsfähigkeit der Regierung dürfe nicht durch Gerichte eingeschränkt werden (+9,7 Prozentpunkte) und dass wir uns längere politische Debatten und Meinungsvielfalt aktuell nicht mehr leisten können (+13,1 Prozentpunkte). Der Zusammenhang zwischen Autokratieakzeptanz und Kriegsangst ist in Grafik 4 dargestellt.

Insgesamt entfalten der Ukrainekrieg und damit verbundene Bedrohungsgefühle erhebliche Ausstrahlungswirkungen auf die politische Debattenkultur sowie die Akzeptanz grundlegender Prinzipien der parlamentarischen Demokratie. Diese Zusammenhänge müssen zukünftig nicht nur sorgfältig beobachtet, sondern auch systematisch im Rahmen von politischer Bildung und Extremismusprävention adressiert werden.

Über die Autor:innen

Dr. *Thomas Richter* leitet den Forschungsschwerpunkt »Politische Verantwortlichkeit und Partizipation« am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) in Hamburg.

Prof. Dr. *Peter Wetzels* leitet das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg.

Diego Farren ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminologie der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg.

Dr. *Katrin Brettfeld* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kriminologie der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg.

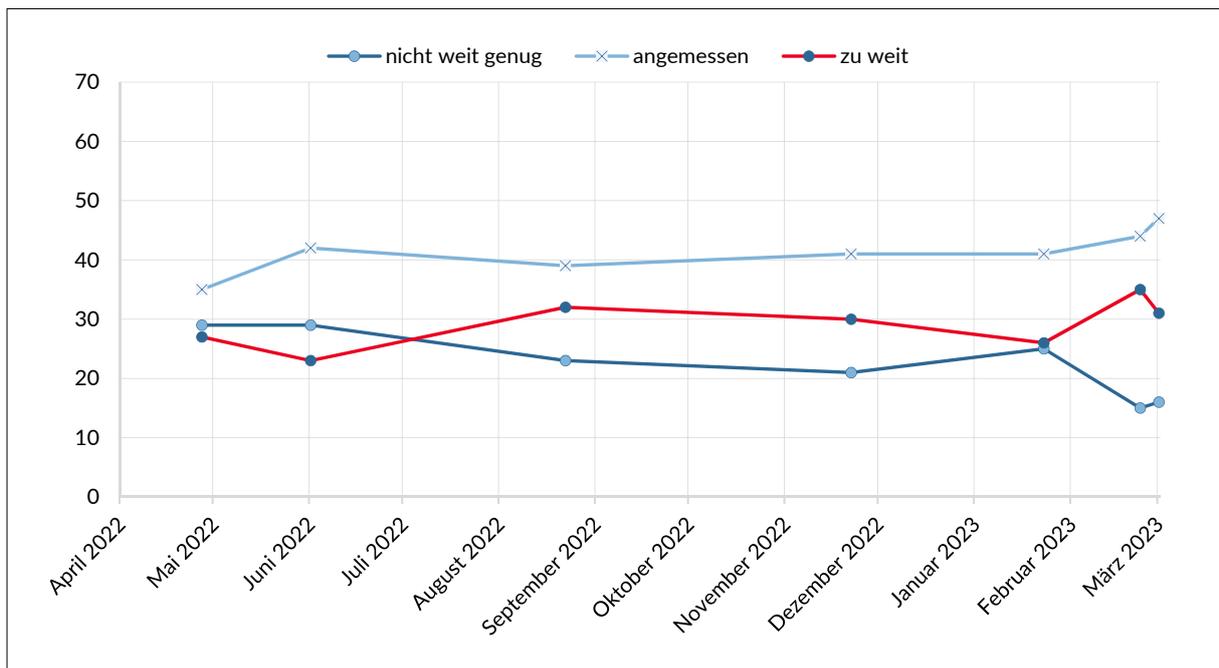
Bibliographie / Lesetipps:

- Wetzels, Peter, Thomas Richter, Diego Farren, und Karin Brettfeld (2023). »Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland«. <https://doi.org/10.57671/MOTRA-2023005>.
- Kleinschnittger, Janosch, Diego Farren, Katrin Brettfeld, Thomas Richter, und Peter Wetzels (2023). »Menschen in Deutschland: International (MiDIInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 2 (Feb. 2023).« <https://www.fdr.uni-hamburg.de/record/11837>.
- Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung: <https://www.motra.info>.

UMFRAGEN

Die Haltung der deutschen Bevölkerung zum Krieg gegen die Ukraine: Waffen, Sanktionen, Diplomatie

Grafik 1: Deutschland hat auf den russischen Einmarsch in die Ukraine mit verschiedenen Schritten reagiert. Geben Sie im Folgenden bitte jeweils an, ob diese Schritte angemessen sind, zu weit oder nicht weit genug gehen. Wie ist es mit ...?
Unterstützung der Ukraine mit Waffen

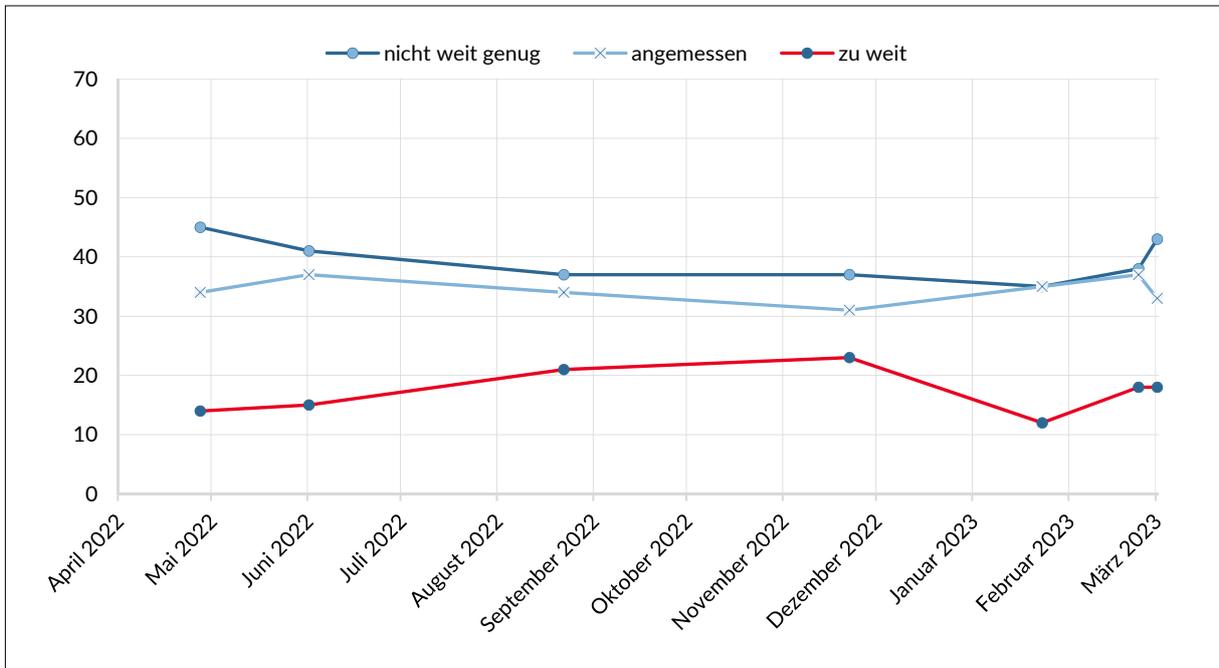


	nicht weit genug	angemessen	zu weit
27. April 2022	29	35	27
01. Juni 2022	29	42	23
22. August 2022	23	39	32
22. November 2022	21	41	30
23. Januar 2023	25	41	26
23. Februar 2023	15	44	35
01. März 2023	16	47	31

Quelle: infratest dimap (2023): ARD-DeutschlandTREND März 2023, Repräsentative Studie im Auftrag der ARD unter 1.311 Befragten in Deutschland älter als 18 Jahre und wahlberechtigt im Zeitraum 27.04.2023 bis 01.03.2023, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/maerz/>.

Zusammengestellt von Ingmar Petzold

Grafik 2: Deutschland hat auf den russischen Einmarsch in die Ukraine mit verschiedenen Schritten reagiert. Geben Sie im Folgenden bitte jeweils an, ob diese Schritte angemessen sind, zu weit oder nicht weit genug gehen. Wie ist es mit ...? Sanktionsmaßnahmen gegen Russland

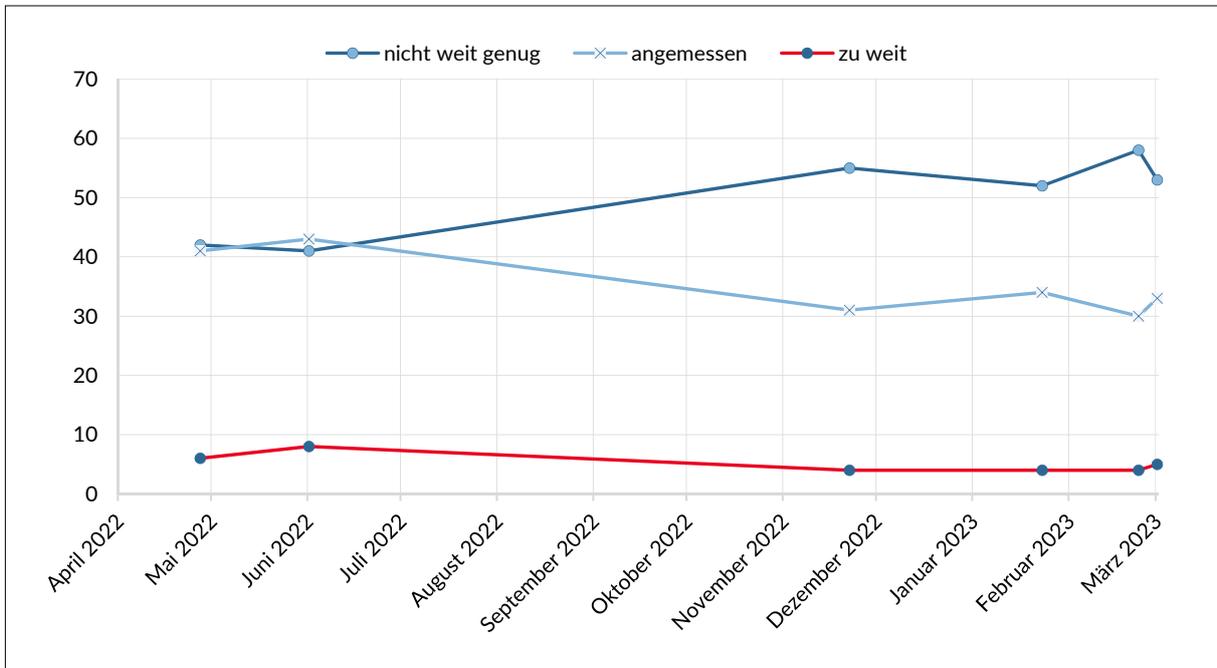


	nicht weit genug	angemessen	zu weit
27. April 2022	45	34	14
01. Juni 2022	41	37	15
22. August 2022	37	34	21
22. November 2022	37	31	23
23. Januar 2023	35	35	12
23. Februar 2023	38	37	18
01. März 2023	43	33	18

Quelle: infratest dimap (2023): ARD-DeutschlandTREND März 2023, Repräsentative Studie im Auftrag der ARD unter 1.311 Befragten in Deutschland älter als 18 Jahre und wahlberechtigt im Zeitraum 27.04.2023 bis 01.03.2023, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/maerz/>.

Zusammengestellt von Ingmar Petzold

Grafik 3: Deutschland hat auf den russischen Einmarsch in die Ukraine mit verschiedenen Schritten reagiert. Geben Sie im Folgenden bitte jeweils an, ob diese Schritte angemessen sind, zu weit oder nicht weit genug gehen. Wie ist es mit ...? diplomatische Anstrengung zur Beilegung des Krieges



	nicht weit genug	angemessen	zu weit
27. April 2022	42	41	6
01. Juni 2022	41	43	8
22. November 2022	55	31	4
23. Januar 2023	52	34	4
23. Februar 2023	58	30	4
01. März 2023	53	33	5

Quelle: infratest dimap (2023): ARD-DeutschlandTREND März 2023, Repräsentative Studie im Auftrag der ARD unter 1.311 Befragten in Deutschland älter als 18 Jahre und wahlberechtigt im Zeitraum 27.04.2023 bis 01.03.2023, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/maerz/>.

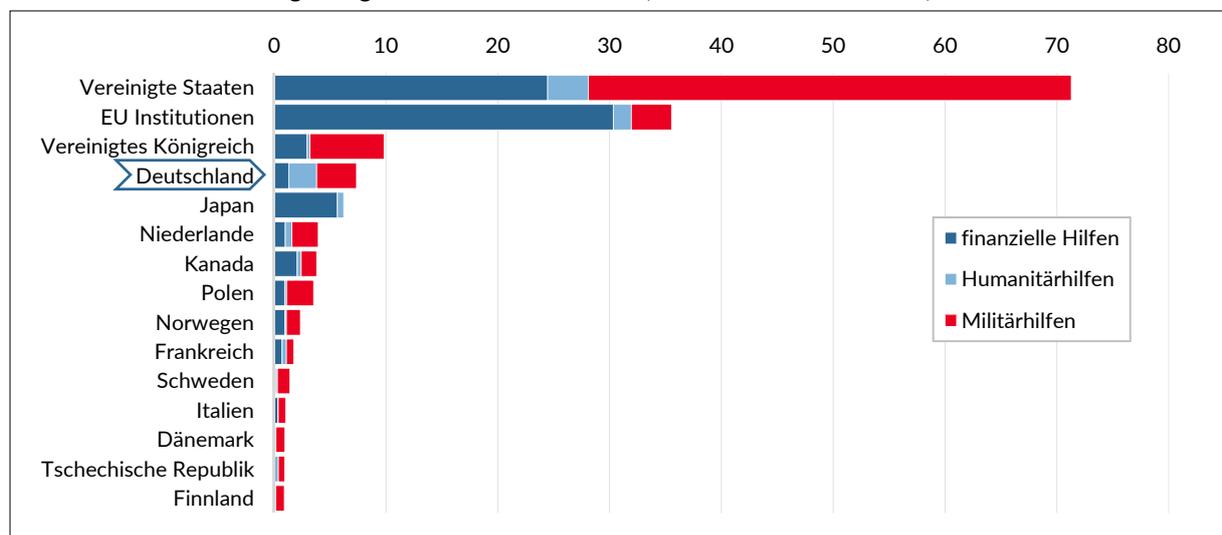
Zusammengestellt von Ingmar Petzold

STATISTIK

Bilaterale Hilfe für die Ukraine seit Kriegsbeginn: Deutschland im internationalen Vergleich

Die folgenden Grafiken basieren auf den Zahlen des »Ukraine Support Tracker«, den das Kieler Institut für Weltwirtschaft erstellt. Berücksichtigt sind Zusagen, die Regierungen oder Institutionen der ukrainischen Regierung seit dem 24.01.2022 gemacht haben. Die vollständige Datensammlung zusammen mit Informationen zur Datenerhebung und umfangreichen Auswertungen gibt es auf der Seite des Instituts: <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/>.

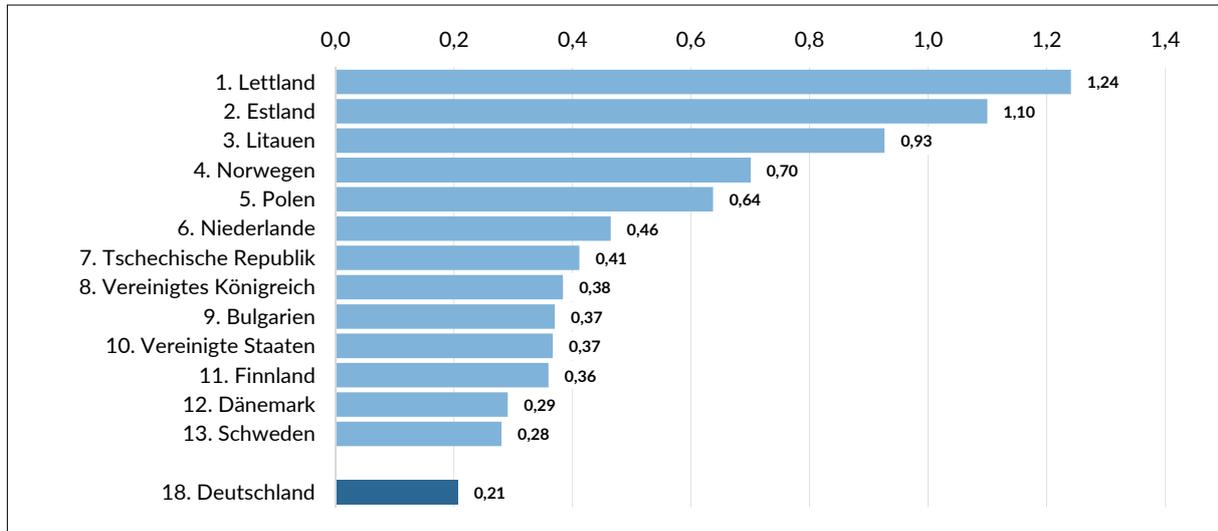
Grafik 1: Bilaterale Regierungshilfen in Milliarden Euro (24.01.2022 – 24.04.2023)



Rang	Land	finanzielle Hilfen	Humanitärhilfen	Militärhilfen	Gesamt
1	Vereinigte Staaten	24,46	3,63	43,19	71,28
2	EU Institutionen	30,32	1,61	3,60	35,53
3	Vereinigtes Königreich	2,94	0,25	6,63	9,83
4	Deutschland	1,30	2,50	3,57	7,37
5	Japan	5,66	0,57	0,00	6,23
6	Niederlande	0,99	0,59	2,36	3,94
7	Kanada	2,06	0,35	1,38	3,79
8	Polen	0,93	0,17	2,42	3,53
9	Norwegen	0,96	0,13	1,26	2,35
10	Frankreich	0,70	0,39	0,65	1,74
11	Schweden	0,17	0,11	1,13	1,41
12	Italien	0,31	0,05	0,66	1,02
13	Dänemark	0,06	0,10	0,80	0,96
14	Tschechische Republik	0,00	0,37	0,57	0,94
15	Finnland	0,08	0,05	0,77	0,90

Anmerkung: Die Grafik umfasst die ersten 15 Plätze (von insgesamt 40 erfassten Staaten und EU)

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft: »Ukraine Support Tracker«, https://www.ifw-kiel.de/de/ublikationen/data-sets/daten-des-ukraine-support-trackers-17410/Ukraine/Ukraine_Support_Tracker/UkraineTracker_v2_02052022.xlsx, Zugriff 15.05.2023.

Grafik 2: Bilaterale Regierungshilfen als Anteil am BIP (24.01.2022 – 24.04.2023)

Anmerkung: Die Grafik umfasst die ersten 13 Plätze und Deutschland (von insgesamt 40 erfassten Staaten)

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft: »Ukraine Support Tracker«, https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/data-sets/daten-des-ukraine-support-trackers-17410/Ukraine/Ukraine_Support_Tracker/UkraineTracker_v2_02052022.xlsx, Zugriff 15.05.2023.

NOTIZEN AUS MOSKAU

Niederlage

Jens Siegert (Moskau)

Auch über ein Jahr nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine verblüfft immer noch der enorme Kontrast zwischen dem Schock, den Putin damit international ausgelöst hat, und dem trägen Weiter-so in Russland selbst. Trotz des Krieges, trotz der schrecklichen Zerstörungen in der Ukraine, trotz der riesigen Zahl ermordeter ukrainischer Zivilisten und Soldaten, trotz der wohl inzwischen mehr als 100.000 getöteten russischen Soldaten geht das Leben der meisten Menschen in Russland weiter, als gebe es den Krieg nicht. Sie tun (im Alltag) schlicht so, als ginge sie das alles nicht wirklich etwas an. Die politischen Eliten wiederum versichern sich gegenseitig und allen anderen, es laufe alles, wie Präsident Wladimir Putin gerne sagt, *nach Plan*. Putins unbeirrte Orientierung auf einen (wie er tut *unvermeidlichen*) Sieg gibt weiter die einzige in Russland und für Russland vorstellbare politische Option vor.

Zwar haben die militärischen Erfolge der Ukraine im vergangenen Herbst, die zähe Verteidigung von Bachmut und anderen Städten an der Frontlinie und die zunehmenden Angriffe (von wem auch immer) auf russisches Territorium die allgemeine Stimmung etwas

verdüstert, aber, soweit zu sehen, kaum jemanden zum Umdenken gebracht. Lange zeigten die Umfragen des unabhängigen Lewada-Zentrums eine erstaunliche Kontinuität: Die Zustimmung der Bevölkerung zum Angriff auf die Ukraine blieb unverändert hoch. Mehr als die Hälfte der Befragten, so Lewadas Grandseigneur Lew Gudkow, war noch Anfang des Jahres der Meinung, die sogenannte *spezielle Militäroperation* sei *im Großen und Ganzen* ein Erfolg und Russland werde letztendlich siegen. Niederlage? Ausgeschlossen!

Doch nun scheint sich das zu ändern. In den vergangenen Monaten ist in privaten Gesprächen wie in den Medien immer häufiger davon die Rede, Russland könne *möglicherweise nicht siegen*. Ein wichtiges Anzeichen dafür ist auch die veränderte Begründung des Kremls für den Krieg. Es geht inzwischen nicht mehr um eine angebliche *Entnazifizierung* der Ukraine (obwohl die offiziell niemand abgesagt hat), sondern man stehe, so von Putin herab bis zu den eifrigen Fernsehpropagandist/innen, in einem Krieg gegen den (ganzen) Westen, in dem die Ukraine nur ein Instrument, eine *Marionette* und kein eigenständiger Akteur sei, und in

dem es um nichts weniger als das Überleben Russlands (als Staat) gehe.

In den inzwischen auch im Westen berühmt-berüchtigten allabendlichen Fernsehshows wetteifern und wetteifern Moderator/innen und *Expert/innen* mit ihren ständigen obszönen Drohungen (besonders nach militärischen Fehlschlägen oder neuen Waffenlieferungen an die Ukraine aus dem Westen), man solle und könne *nun endlich ernst machen* (mit dem Krieg). Der ehemalige Präsidentendarsteller und aktive Twitterer Medwedjew droht mit schöner Regelmäßigkeit, russische (Nuklear-)Raketen könnten *in vier Minuten Berlin und in sechs Minuten London* erreichen. Das soll wohl dem Westen (und vielleicht auch der Ukraine) Angst machen, sorgt aber nicht ganz zufällig auch für eine wachsende apokalyptische Stimmung in Russland selbst; übrigens vor allem unter Putin-Unterstützer/innen, denn für die wenigen anderen ist die Apokalypse mit Krieg und verschärfter Diktatur längst da. Auch die öffentlichen Anschuldigungen des Kriegsunternehmers Prigoschin und des Tschetschenen Kadyrow, unterstützt von einem Heer ultranationalistischer, sogenannter Z-Blogger (nach dem Siegeszeichen Z auf russischen Panzern und (seltener) in russischen Straßen), die russische Armee sei unfähig, schlecht und korrupt geführt, tragen zur finsternen Stimmung bei.

Nun sollte man das alles nicht mit zufälligem und um sich greifendem Defätismus verwechseln. Zumindest teilweise ist das bewusste und durchaus erfolgreiche Propaganda. Denn dieser Alarmismus trägt, zumindest vorerst, mehr zur Konsolidierung des Putinschen politischen Systems als dass er es stört. Auch Lew Gudkow vom Lewada-Zentrum beobachtet eine zunehmende Zustimmung zum Krieg. Momentan, unter dem Druck dieser Erzählung vom (durch den Westen) angeblich tödlich bedrohten russischen Staat, so sagte er mir unlängst in einem Gespräch, finde so etwas wie eine zusätzliche Polarisierung der russischen Gesellschaft statt. Es gebe immer weniger Menschen mit neutraler oder unentschiedener Meinung zum Krieg, dafür mehr überzeugte Gegner/innen und noch mehr Befürworter/innen. Das sei klare Folge der zunehmend als schlecht bis katastrophal empfundenen militärischen Lage und der langsamen Erkenntnis, dass eine Niederlage in den Bereich des für möglich Gehaltene rückt.

Hier greift zudem Putins Rekurs auf den Zweiten Weltkrieg oder besser den Großen Vaterländischen Krieg, immer noch eines der am stärksten emotional aufgeladenen Argumente in Russland: Auch heute gehe es wieder um *Leben und Tod*, und zwar *nicht nur* von Menschen, sondern des Landes insgesamt. Entsprechend wird eine (ja eigentlich *unmögliche* Niederlage) von den Propagandist/innen in den schrecklichsten Farben ausgemalt: die Zerstückelung und Besetzung des Landes durch die

angeblichen Faschisten, vergewaltigte Frauen, ermordete und entführte Kinder, kurz eine Katastrophe. Das wirkt: Solange das Vaterland in Gefahr ist, so glauben viele Menschen, auch vom Krieg gegen die Ukraine nicht völlig überzeugte, muss interner Streit warten. Es dürfte übrigens kein Zufall sein, dass diese Propaganda-Horrorschilderungen im russischen Fernsehen spiegelbildliche Erzählungen der Gräueltaten russischer Soldaten in der Ukraine sind. Freud rotiert im Grab.

Diese Katastrophenszenarien nun verdecken alle möglichen Vorstellungen davon, wie eine Niederlage anders, also für Menschen und Staat überlebbar aussehen könnte. Solange jede Niederlage als Untergang empfunden wird, wirken die Durchhalteappelle der Führung. Gäbe es da einen Weg heraus? Ich sehe zwei. Der eine führte über eine (auch moralisch) totale Niederlage. Die wünschen sich zwar besonders verständlicherweise in der Ukraine viele und im Westen manche, sie ist aber, trotz aller russischen militärischen Schwäche sehr, sehr unwahrscheinlich. Eine andere Möglichkeit wäre, wie es der Soziologe *Grigorij Judin* auf Twitter formuliert hat, zu versuchen, *die Idee der Niederlage von der Furcht vor einer Katastrophe zu entkoppeln*. Dazu müsste die Niederlage zu allererst zu Putins Niederlage werden.

Wie das gehen soll, weiß gegenwärtig kaum jemand zu sagen. Dazu müsste sich in Russland etwas bewegen, das gegenwärtig wie zementiert erscheint. Das wird aber kaum passieren, solange alle Russinnen und Russen unterschiedslos für den Krieg in Haftung genommen werden oder sie zumindest glauben, dass das so ist. Das wissen natürlich auch Putins Fernsehclaqueure wie RT-Chefin Simonjan, weshalb sie gerne warnt: Sollte Russland verlieren, *blübe* [der Internationale Strafgerichtshof in] *Den Haag selbst den Straßenreinigern hinter dem Kreml*. Ähnlich vielen im Westen, hätte auch der Kreml nur allzu gern, dass dieser Krieg eben nicht nur Putins, sondern Russlands Krieg ist.

Die Alternative dazu wäre nun natürlich nicht, all die Menschen in Russland, die den Krieg unterstützen oder sich zumindest nicht gegen ihn wenden, von ihrer Verantwortung frei zu sprechen. Sie alle haben bereits Schuld auf sich geladen und tun das mit jedem weiteren Tag Krieg weiter. Aber es gibt eben nicht unterschiedslos gleiche Verantwortung und Schuld für alle. Wer befiehlt zu töten, zu rauben und zu vergewaltigen, wer tötet, raubt und vergewaltigt, ist anders verantwortlich als diejenigen, die wegschauen, egal nun ob aus Angst, Gleichgültigkeit, stillschweigender Zustimmung oder einem Gefühl von Ohnmacht.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass des deutschen Philosophen Karl Jaspers 1946 erschienenen kleines Büchlein *Die Schuldfrage* dieser Tage in Russland neu herausgegeben wurde und sich reger Nachfrage erfreut, wie *Andrei Kolesnikov* vom jüngst in Berlin neu

gegründeten *Carnegie Russia Eurasia Center* beobachtet hat. Darin unterscheidet Jaspers vier Stufen von Schuld von Deutschen nach Nationalsozialismus und Holocaust: eine kriminelle Schuld der direkten Täterinnen und Täter, eine politische Schuld der Verantwortungsträger, eine moralische Schuld der Mitläufer und eine metaphysische Schuld aller, die sich als Deutsche, als zu Deutschland gehörig betrachten.

Eine solche differenzierte Verantwortung könnte, im Gegensatz zu unterschiedsloser Verurteilung eine Brücke aus der gegenwärtig ziemlich geschlossenen Wagenburg schlagen. Voraussetzung ist aber, dass möglichst viele Menschen in Russland diese Brücke auch betreten wollen. Danach sieht es momentan nicht aus. Aber Verantwortung muss man aktiv übernehmen. Sie ist immer tätig.

Über den Autor

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat bis 2015 mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und sich danach bis Anfang 2021 im Auftrag der EU bemüht, Public Diplomacy in und mit Russland zu fördern. Im Juli 2021 erschien sein Buch »Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen«.

CHRONIK

24. April – 14. Mai 2023

24.04.2023	Auf einer durch Russland anberaumten Sitzung des UN-Sicherheitsrats in New York wirft der russische Außenminister Sergej Lawrow dem Westen hegemoniale Pläne vor und verteidigt den Einmarsch Russlands in die Ukraine. Die NATO habe die Sicherheit Russlands in der Region über Jahre bedroht. Russland hat zurzeit die Präsidentschaft im Rat. Die EU-Staaten kritisierten bereits im Vorfeld, Russland wolle sich als Verteidiger der UN-Charta und des Multilateralismus darstellen.
25.04.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, mit dem die russische Regierung befristet die Kontrolle über die russischen Niederlassungen des deutschen Energieversorgers »Uniper« übernimmt sowie die russischen Vermögenswerte des finnischen Versorgers »Fortum Oyj« (ehemals Uniper-Mutterkonzern) unter staatliche Leitung stellt. Als Begründung stellt es, dies sei eine Reaktion auf die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte im Ausland. »Uniper« hatte sich 2022 bemüht, seine russische Tochterfirma »Unipro« zu verkaufen. Das Dekret sieht außerdem ähnliche Maßnahmen als Vergeltung für die Zukunft vor, sollten russische Vermögenswerte im Ausland beschlagnahmt werden.
25.04.2023	Der deutsche Autohersteller »Mercedes Benz« teilt mit, dass dessen Anteile an den russischen Tochtergesellschaften im April an die russische Autohandelskette »Awtodom« verkauft worden seien. Damit hat sich »Mercedes Benz« nun vollständig aus Russland zurückgezogen. Bereits am 20. April hatte das deutsche Konsumgüterunternehmen »Henkel« den Verkauf seines Russlandgeschäftes an russische Finanzinvestoren verkündet. Damit hat auch »Henkel« seinen Rückzug aus dem russischen Markt abgeschlossen.
25.04.2023	Die russische Regierung sagt landesweit die traditionellen Prozessionen der Gedenkinitiative »Unsterbliches Regiment« am 09. Mai ab. Die Absage wird mit »Sicherheitsbedenken« begründet. Das »Unsterbliche Regiment« ist seit 2012 wichtiger Bestandteil der Feierlichkeiten rund um den »Tag des Sieges« am 09. Mai. Tausende Menschen marschieren dabei jedes Jahr mit Portraits von Angehörigen, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, durch Stadtzentren oder Gedenkort. Außerdem kündigen die Moskauer Behörden an, den Roten Platz im Zentrum der Stadt bereits zwei Wochen vor der geplanten Militärparade zum Gedenken an den Sieg über die Nationalsozialisten für die Öffentlichkeit zu sperren.
25.04.2023	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass »Terrorattacken des Kiewer Regimes eine erneute Verlängerung des ›Getreide-Deals‹ nach dem 18. Mai [bedrohen]«. Russland wirft der Ukraine vor, im März und April die Basis der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim mit Drohnen angegriffen zu haben. Nach Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hatte Russland monatelang ukrainische Schwarzmeerhäfen blockiert. Zur Vermeidung von Hungersnöten in armen Ländern und eines massiven Anstiegs der Lebensmittelpreise gibt es seit vergangenem Sommer ein von den Vereinten Nationen und der Türkei vermitteltes Getreideabkommen zur Ausfuhr von Agrarexporten aus der Ukraine.

26.04.2023	In Jekaterinburg beginnt der Prozess gegen den ehemaligen Bürgermeister der Stadt, Jewgenij Rojsman. Ihm wird »Diskreditierung der russischen Armee« vorgeworfen. Rojsman ist ein scharfer Kritiker des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Im November 2022 setzte ihn das russische Justizministerium auf die Liste der sogenannten »ausländischen Agenten«. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft.
26.04.2023	Der russische Föderationsrat verabschiedet einen Gesetzentwurf, der lebenslange Haftstrafen und den Entzug der Staatsbürgerschaft für Hochverrat und für Äußerungen gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine vorsieht. Außerdem sieht der Gesetzentwurf Haftstrafen für die Befolgung von Urteilen des Internationalen Strafgerichtshofs vor. Dieser hatte im März einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen. Bereits am 18. April hatte die russische Staatsduma für den Gesetzentwurf gestimmt.
27.04.2023	Das unabhängige russische Online-Medium »Mediazona« berichtet, dass es seit Beginn der Teilmobilmachung in Russland im September 2022 mehr als 1.000 Anklagen wegen Fahnenflucht, unerlaubter Entfernung von der Truppe oder Befehlsverweigerung gegeben habe. Seit Beginn der Mobilmachung sind die Strafen für diese Vergehen verschärft worden. Jedoch würden die meisten Rekruten nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und könnten so nach kurzer Zeit wieder an die Front versetzt werden.
27.04.2023	Die russische Nachrichtenagentur »Interfax« berichtet, dass ein russisches Gericht die Schließung des »Sova center for information and analysis« angeordnet habe. »Sova« ist eines der führenden Forschungszentren des Landes zur Überwachung nationalistischer und rassistischer Bewegungen. Das russische Justizministerium hatte im März die Schließung beantragt und »Sova« beschuldigt, in ganz Russland tätig zu sein, obwohl es eine Zulassung nur für Moskau habe.
27.04.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, das die Abschiebung von als »Sicherheitsrisiko« eingestuft ukrainischer Staatsbürger aus von Russland annektierten ukrainischen Gebieten vorsieht. Das Dekret klassifiziert Einwohner der sogenannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk sowie der Regionen Cherson und Saporischschja ohne russische Staatsbürgerschaft als »Ausländer«. Diese sind verpflichtet, bis zum 01. Juli 2024 einen russischen Reisepass zu beantragen, um der Ausweisung zu entgehen.
28.04.2023	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung von Entschädigungen in Höhe von rund 130 Millionen Euro an die Opfer von Folter und Plünderungen während des Krieges in Georgien im Jahr 2008. Russland habe nach Beendigung des Krieges Plünderungen und Brandschatzungen geduldet, auch habe es willkürliche Hinrichtungen und Misshandlungen gegeben. Da es damals die Hoheitsgewalt über Südossetien gehabt habe, sei Russland verantwortlich für diese Vorkommnisse.
28.04.2023	Bei russischen Luftangriffen auf mehrere ukrainische Städte werden mindestens 25 Menschen getötet. In der Stadt Uman wird ein Wohnhaus zerstört, es gibt 23 Todesopfer, darunter zwei Kinder. Auch die ukrainische Hauptstadt Kiew wird mit Marschflugkörpern beschossen.
02.05.2023	Auf einer Pressekonferenz am Rande der UN-Vollversammlung in New York bestätigt der russische Außenminister Sergej Lawrow, dass malische Behörden Kontakt zu einer privaten russischen Militärfirma aufgenommen hätten. Der Grund sei die Ankündigung Frankreichs, sein Militärkontingent im Land zu kürzen. Lawrow betonte, die russische Regierung sei nicht involviert. Ob es sich dabei um die von Jewgenij Prigoshin geleitete Militär-Organisation »TschWK Wagner« handelt, dazu äußerte sich Lawrow nicht.
02.05.2023	Aufgrund der anhaltenden Kämpfe im Sudan evakuiert die russische Regierung 200 Diplomaten und andere russische Staatsangehörige aus dem Land. Das russische Verteidigungsministerium teilte mit, dass die ersten beiden Maschinen in der Nähe von Moskau gelandet seien.
02.05.2023	Die US-amerikanische Nachrichtenagentur »Reuters« berichtet über Schätzungen der US-Regierungen zu Verlusten des russischen Militärs in den vergangenen fünf Monaten im Krieg gegen die Ukraine. Laut US-Behörden soll die russische Armee etwa 20.000 gefallene Soldaten und rund 80.000 Verletzte zu beklagen haben. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte, die Schätzungen beruhten auf Erkenntnissen der US-Geheimdienste. Die russische Regierung wies die Berichte zurück.
03.05.2023	Die russische Präsidentialadministration gibt bekannt, dass in der Nacht zwei Drohnen über dem Kreml in Moskau abgeschossen worden seien. Die russische Regierung sieht die Ukraine in Verantwortung für den Vorfall und spricht von einem Terrorangriff und Anschlag auf den Präsidenten Wladimir Putin. Die Ukraine dementiert eine Beteiligung an dem Drohnenangriff. Die Ukraine führe einen Verteidigungskrieg und greife daher keine Objekte auf russischem Staatsgebiet an, so der ukrainische Präsidentenberater, Mychajlo Podoljak, auf »Twitter«.
03.05.2023	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung von jeweils 20.000 Euro Entschädigung an Insassen russischer Gefängnisse, die dort als »Ausgestoßene« misshandelt wurden. Elf ehemalige Insassen hatten geklagt, weil sie in der Gefängnishierarchie ganz unten gestanden hätten und deshalb unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt gewesen seien. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Russland damit gegen das Verbot von Folter aus Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen habe.

04.05.2023	Seit dem 01. Mai 2023 sind insgesamt drei russische Treibstofflager in Russland und den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine angegriffen worden. Die Angriffe ereigneten sich in einer Raffinerie nahe Noworossijsk, in Sewastopol und in einem Treibstofflager in der russischen Region Krasnodar nahe der Krim-Brücke. Am 02. Mai war außerdem ein Güterzug in der russischen Region Brjansk aufgrund einer durch einen Sprengsatz ausgelösten Explosion entgleist.
05.05.2023	Laut einer Meldung von »gpsjam.org« haben die russischen Behörden im April die Störung der GPS-Navigation ausgeweitet. »gpsjam.org« überwacht die Bedingungen von Satellitenkommunikation auf der Grundlage von Funkmeldungen ziviler Flugzeuge. In mindestens 15 Regionen habe es starke Störungen gegeben, das heißt, mindesten zehn Prozent der Flugzeuge, die ein Gebiet tagsüber überflogen, haben Störungen gemeldet. Seit Februar 2023 nimmt die GPS-Störung zu, offenbar begründet durch zunehmende Drohnenangriffe auf russischem Staatsgebiet. Betroffen sind unter anderem die Regionen Iwanowo, Wladimir, Wolgograd und Smolensk.
06.05.2023	Der als nationalistisch geltende russische Schriftsteller Sachar Prilepin wird bei der Explosion seines Autos verletzt. Prilepin war in der Stadt Bor unterwegs, als das Auto explodierte, der Fahrer des Wagens verstarb. Das russische Ermittlungskomitee leitete Ermittlungen wegen eines mutmaßlichen Terroranschlags ein, ein Tatverdächtiger wurde verhaftet. Zu dem Anschlag bekannte sich die ukrainische Gruppierung »Atesch«, die Glaubwürdigkeit der Meldung konnte zunächst nicht überprüft werden. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, machte in einer ersten Stellungnahme Washington und die NATO für den Anschlag verantwortlich. Prilepin gilt als Befürworter des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.
06.05.2023	Die ukrainische Luftabwehr schießt eine Hyperschallrakete vom Typ »Kinshal« ab. Die Rakete sei während eines nächtlichen Angriffs am 04. Mai von russischem Territorium aus abgefeuert und über der Region Kiew abgeschossen worden, so General Mykola Oleschtschuk, Kommandeur der ukrainischen Luftstreitkräfte. Von russischer Seite wurde der Abschuss nicht bestätigt.
06.05.2023	Der russische Automobilhersteller GAZ reicht erneut Klage gegen den deutschen Autokonzern VW ein. Bereits Anfang des Jahres hatte GAZ zwei Klagen gegen VW in Höhe von insgesamt 545 Millionen US-Dollar eingereicht. Begründet wurde die Klage damit, dass der Rückzug von VW aus dem russischen Markt die Interessen von GAZ gefährdet und zu Verlusten geführt habe. Die neuerliche Klage beläuft sich auf rund 200,5 Millionen US-Dollar.
07.05.2023	Jewgenij Prigoshin, Chef der russischen Söldnertruppe »TschWK Wagner« teilt auf seinem »Telegram«-Kanal mit, dass den Kämpfern Munitionslieferung und Verstärkung aus Moskau zugesagt worden sei. Aus diesem Grund werde sich die Gruppe entgegen der vorherigen Ankündigung nicht aus der umkämpften ukrainischen Stadt Bachmut zurückziehen. Einen Tag zuvor hatte Prigoshin angekündigt, die Stellungen rund um Bachmut am 10. Mai an die »Achmat«-Kämpfer des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow zu übergeben, sollte es keine Nachschublieferungen geben.
08.05.2023	In mehreren Regionen in Sibirien breiten sich erneut Waldbrände aus. Betroffen sind die Oblast Swerdlowsk auf einer Fläche von zurzeit rund 54.000 Hektar, die Oblast Kurgan auf einer Fläche von zurzeit rund 11.000 Hektar. Die Behörden von Kurgan melden sechs Tote und 14 Verletzte. In der Oblast Tjumen brennt es auf einer Fläche von rund 1.200 Hektar, die Behörden melden ein Todesopfer und zwei Verletzte. Aleksandr Moor, Gouverneur der Oblast, hat den Ausnahmezustand ausgerufen. Auch Witalij Chozenko, Gouverneur der Oblast Omsk, hat wegen der Waldbrände den Ausnahmezustand ausgerufen.
09.05.2023	Auf dem Roten Platz in Moskau wird anlässlich des 78. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs eine Militärparade abgehalten. In Russland wird an diesem Tag traditionell der »Tag des Sieges« über Nazi-Deutschland gefeiert. In seiner Rede betonte der russische Präsident Wladimir Putin, Russland sei ein Opfer des Westens, die Zivilisation befinde sich erneut an einem Wendepunkt. Auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine eingehend, sagte Putin, gegen Russland sei wieder ein Krieg angezettelt worden. Aus Angst vor Terroranschlägen waren die Feierlichkeiten in 24 anderen russischen Städten abgesagt worden.
10.05.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Visumpflicht für georgische Staatsbürger abgeschafft wird. Die neue Regelung gilt jedoch nicht für Gastarbeiter und Studenten. Russland hatte die Visafreiheit mit Georgien nach dem militärischen Konflikt im Jahr 2008 aufgehoben. Ein weiteres Dekret sieht vor, das Verbot von Flügen nach Georgien und den Verkauf von Reisen nach Georgien aufzuheben. Dieses war im Jahr 2019 während der gegen Russland gerichteten Massenproteste erlassen worden.
11.05.2023	Das russische Finanzministerium teilt mit, dass das Haushaltsdefizit in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 auf 3,42 Billionen Rubel (etwa 41 Milliarden Euro) gestiegen sei. Während die Einnahmen um 22 Prozent sanken, stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 26 Prozent. Grund hierfür sind unter anderem sinkende Energieeinnahmen und erhöhte Kriegsausgaben. Für das Jahr 2023 hatte das Finanzministerium zunächst ein Defizit von 2,9 Billionen Rubel (etwa 39 Milliarden Euro) prognostiziert.

11.05.2023	In einem Interview mit dem bosnisch-herzegowinischen Fernsehsender »ATV« spricht der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, darüber, dass die Ziele, der im Februar 2022 begonnenen sogenannten »militärischen Spezialoperation« teilweise erreicht worden seien. Jedoch seien noch nicht alle Aufgaben »zum Schutz der Bewohner des Donbass« erfüllt. Er begründete die ausbleibenden Erfolge für die russische Armee damit, dass diese keinen Krieg führte, es gehe nicht um die totale Zerstörung von Städten und Infrastruktur.
11.05.2023	Ein Moskauer Gericht verurteilt den Internetkonzern »Google« zur Zahlung einer Geldstrafe von umgerechnet 36.000 Euro. »Google« habe es versäumt, Videos der Plattform »Youtube« zu löschen und damit gegen das Gesetz gegen »homosexuelle Propaganda« (»Verbot der Propaganda nichttraditioneller sexueller Orientierungen unter Minderjährigen«) verstoßen. Außerdem habe »Google« auch Falschinformationen über die »militärische Spezialoperation« Russlands in der Ukraine verbreitet. »Google« gibt an, die erneute Geldstrafe nicht zahlen zu wollen sowie die betreffenden Videos nicht zu entfernen.
12.05.2023	Nach Berichten der Wirtschaftszeitung »Wedomosti« lehnt die zuständige Regierungskommission einen Gesetzentwurf ab, nach dem russische Staatsbürger, die keinen Wehrdienst abgeleistet haben, von einer Mobilisierung befreit werden sollen. Die Ausweitung der Ausnahmeregelungen im Zusammenhang mit der Teilmobilisierung im Rahmen des Krieges gegen die Ukraine sei »unangemessen«. Die Verteidigung des Vaterlandes sei laut russischer Verfassung die Pflicht der Bürger der Russischen Föderation.
12.05.2023	Jewgenij Balizkij, von Russland eingesetzter Gouverneur des von der russischen Armee kontrollierten Teils der ukrainischen Region Saporischschja, teilt mit, dass zum Schutz vor verstärktem Beschuss durch die ukrainische Armee rund 1.700 Menschen, darunter 660 Kinder, aus 18 Siedlungen nahe der Frontlinie evakuiert worden seien. Das ukrainische Militär hingegen beschuldigt die russische Seite, die Menschen gewaltsam aus dem Gebiet umzusiedeln.
12.05.2023	Die Polizeibehörde von Sankt Petersburg teilt die Einrichtung einer neuen Anti-Drohnen-Einheit mit. Dies sei eine Reaktion auf den Drohnen-Angriff auf den Kreml in Moskau am 03. Mai. Aufgabe der neu geschaffenen Einheit sei der Schutz der öffentlichen Ordnung während öffentlicher Veranstaltungen.
12.05.2023	Kemal Kılıçdaroğlu, Herausforderer des amtierenden türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan bei den am 14. Mai stattfindenden Präsidentschaftswahlen beschuldigt Russland für die Veröffentlichung von gefälschtem Material in den sozialen Medien im Vorfeld der Wahlen verantwortlich zu sein. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, wies dies zurück. Russland schätze die bilateralen Beziehungen zur Türkei.
14.05.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass zur Änderung der staatlichen Migrationspolitik. Er reagiert damit auf die verstärkte Auswanderung seit dem Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine im Februar 2022 sowie die Verkündung der Teilmobilmachung im September 2022. In dem Erlass wird gefordert, finanzielle, soziale und andere Anreize zu schaffen, um eine Abwanderung ins Ausland zu verhindern. Das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung schätzt, dass die Erwerbsbevölkerung allein im September 2022 um 600.000 Personen geschrumpft ist.

Die Chronik der Russland-Analysen erscheint ab Mai 2023 wieder regelmäßig. Wir arbeiten mit großer Anstrengung daran, die Lücken in der Chronik zu schließen und eine vollständige Chronik bis zum Ende des Sommerst online anbieten zu können. Wir bitten die treuen Leser:innen der Chronik und alle Interessierten weiterhin die Chronik zu Russland online auf der Webseite der Länder-Analysen über <https://www.laender-analysen.de/chronik/> zu verfolgen, die wir dort nach und nach vervollständigen werden. Wir weisen darauf hin, dass der Umfang der Chronik stark zugenommen hat. Um den Krieg gegen die Ukraine besser durch die Chronik verfolgen zu können, empfehlen wir die Chronik der Ukraine-Analysen sowie der Belarus- und Polen-Analysen zusätzlich zu lesen. Durch die Filterfunktionen unserer Webseite ist dies mit geringem Aufwand möglich.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz und Anastasia Stoll

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll, Hartmut Schröder und Heiko Pleines
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>